

Große Aufregung um „kleine Briefmarke“

A 281: Einwohnerversammlung offenbart Unsicherheit

Die einen sehen es als reine Formalie, die anderen haben Diskussionsbedarf: Mit einer Änderung des Flächennutzungsplans soll der Weg frei werden, um die A 281 vor Huckelriede in der von Bürgerschaft und Beiräten beschlossenen Form zum Autobahnzubringer Arsten weiterbauen zu können. Doch viele Anwohner zeigten sich während einer Einwohnerversammlung verunsichert.

VON KARIN MÖRTEL

Neustadt-Obervieland. Staatsrat Wolfgang Golasowski von der Verkehrsbehörde spricht von einer „kleinen Briefmarke“, wenn er erklärt, wie die über 20 Jahre andauernde Diskussion über den Verlauf der A 281 im Bremer Süden in einen rechtlichen Rahmen gegossen werden kann. Wie vom Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2010 gefordert, soll die bereits beschlossene Trassenführung der A 281 vor Huckelriede bis zum Autobahnzubringer Arsten in einem neuen Flächennutzungsplan (FNP) festgeschrieben werden. Erst dann sei der Bau rechtlich abgesichert und könne nach einem Planfeststellungsbeschluss beginnen, so Golasowski während einer Einwohnerversammlung am Dienstag. Auch andere Behördenvertreter sowie die Neustädter Ortsamtsleiterin Annemarie Czichon betrachteten diesen Schritt eher als Formalie, denn als strittigen Punkt. „Die Angelegenheit ist nicht so spektakulär wie es die Anwesenheit der vielen Bürger und Pressevertreter vermuten lässt“, so Czichon.

Ebenfalls in den geänderten FNP eingezeichnet ist eine Trasse für die Bundesstraße B6n Richtung Brinkum unter dem Flughafengelände hindurch. Der Anknüpfungspunkt ist auf dem ehemaligen Hornbach-Gelände angedeutet. „In uns brennt nur eine Frage: Ist mit diesem neuen Flächennutzungsplan eine Umfahrung des Flughafengeländes mit der B6n ausgeschlossen?“, fragte ein Anwohner der Wolfskuhlensiedlung, die von dieser vom Bund bevorzugten Variante sehr stark betroffen wäre. „Wenn der Flächennutzungsplan nur mit der Tunnelvariante der B6n als Ortsgesetz in Kraft ist, dann kann der Bund nur diese Variante bauen“, versicherte Matthias Güldner, Fraktionsvorsitzender der Grünen-Bürgerschaftsfraktion. Solange keine zukünftige demokratisch gewählte Bürgerschaft eine Umfahrung im Flächennutzungsplan möglich mache, sei dies geltendes Recht in der Stadt Bremen. „Möglicherweise führt diese Festlegung aller-

dings zu Konflikten mit dem Bund“, bemerkte Staatsrat Golasowski.

Dass der Bund den Willen der Politiker ignorieren könnte, diese Angst äußerte auch Norbert Breeger von der „Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“. „Spätestens seit dem zentralen Verrat vom Verkehrsenaator, der am Willen der Bürgerschaft vorbei beide Varianten für die B6n beim Bund eingereicht hat, verlassen wir uns auf keine Zusage mehr“, so Breeger. Zwar würden die Bürgerinitiativen das Signal der Bürgerschaft zum guten Willen mit der festgeschriebenen Tunnelvariante im neuen FNP anerkennen, dennoch forderten sie: „Herr Lohse, ziehen Sie die Anmeldung der B6n als Umfahrung beim Bund zurück.“

Eigentümer verhandelt mit Betrieben

Bauchschmerzen bereiten den Bürgerinitiativen Informationen darüber, dass der Grundstückseigentümer des ehemaligen Hornbach-Geländes mitten in Verhandlungen mit neuen Betrieben stehe, die sich dort ansiedeln wollen. „Da werden langfristige Tatsachen geschaffen, die den Bau eines Kreuzungspunktes für die Tunnelvariante der B6n gefährden“, so Breeger. Staatsrat Golasowski räumte ein, dass die Verträge der Stadt mit dem Grundstückseigentümer, um sich die benötigte Fläche zu sichern, zwar unterzeichnet, aber noch nicht rechtskräftig seien. „Doch jedem sollte spätestens durch den neuen Flächennutzungsplan klar sein, dass dort ein Autobahnkreuz vorgesehen ist“, so Golasowski.

Die privaten Hausbesitzer, die Familien Plate und Wähmann, die Teile ihrer Grundstücke für den Bau der A 281 abgeben müssten, legten zudem schriftlichen Widerspruch gegen die geplante Änderung des FNP ein. Diese schaffe die Grundlage für Teilenteignungen ihrer Grundstücke, so die Begründung.

„Es ist immer Wahnsinn, eine Stadtautobahn zu bauen und das ist immer mit Belastungen für die Anwohner verbunden“, sagte Jens Oppermann (SPD), stellvertretender Sprecher des Neustädter Beirates in einer anschließenden Beiratssitzung. Die jetzt erarbeitete Variante sei indes das Beste, was zu bekommen sei, daher reiche der Beirat keinen Widerspruch ein. „Wir nehmen die beabsichtigte Planänderung zur Kenntnis.“ Die Bürgerschaft wird vermutlich im Frühjahr 2014 die FNP-Änderung beschließen. 2015 soll es dann einen neuen Planfeststellungsbeschluss zur A 281 geben.